

Besonders selbtem Herr Exod. Ich persönlich
nach Breit-Ritowit heimlich hat. Bis zur Reutabroa

gingen die Verhandlungen noch ziemlich flott von Hatten; die Joffe und Kamenew hatten ihren Auftrag offenbar so verstanden, daß sie auf den Friedensabluß hinarbeiten, ihm zum mindesten keine unabwendlichen Schwierigkeiten bereiten sollten. So wurde zwar ziemlich reichlich gesprochen und protestiert, aber im ganzen konnte man mit dem Ergebnis der wenigen Sitzungstage nur Wohlwollen bemerken, und es ist nicht zu übersehen, daß die Volkskommission aus Petersburg hat die übrigen russischen Friedensdelegierten vollkommen in den Hintergrund gedrängt. Er führt das Wort, und es ist mit Händen zu greifen, daß er dabei stets und unablässig von dem Bewußtsein geleitet wird, vor der großen Öffentlichkeit zu stehen. Was ist natürlicher, als daß er um ein möglichst glanz- und einflussvolles Auftreten bemüht ist. Man soll sehen, daß ein ungünstiger Staatsmann den Diplomaten der alten Schule, die bisher das Monopol der Vertretung der Völkerschicksale zu besitzen glaubten, zum mindesten gemächlich ist, daß er sich seiner Haut zu wehren und selbst als Vertreter eines besiegten und voller Anarchie zitternden Landes aus der gegebenen Lage noch ganz statische Vorteile herauszuschlagen weiß. Dazu kommt die unabdingbare Kampflust des Revolutionärs, der seit seines Lebens mit den staatlichen Gewalten im Streit gelegen hat und kein größeres Vergnügen kennt, als in scharfen Wortgefechten sich mit feinesgleichen herumzuschlagen. Das alles wirkt zusammen, um Herrn Trotski zu einem schwierigen Verhandlungsgegner zu machen. Es bedarf gar nicht erst des Verdachtes, daß er lediglich nach West-Bukowina gekommen sei, um seine Verschleppungskünste spielen zu lassen, weil er zunächst noch den innerpolitischen Strömungen in Rußland — und anderwärts Zeit zur Entwicklung schaffen möchte, und weil inzwischen vielleicht auch die militärische Lage im Westen oder Süden sich zu untern Ungunsten verschieben könnte. Ein solcher Verdacht ist ganz gewiß nicht von der Hand zu weisen, zumal der eigentliche Krieg für Rußland ja doch bereits aufgehört hat, das dringende Friedensbedürfnis des Volkes also bis auf weiteres gestillt ist. Herr Trotski hat danach keinesfalls etwas zu verschämen, er kann die Welt seelenruhig mit seinen Rechtsabteilungen unterhalten, ohne Rücksicht darauf, ob er die Geduld seiner Gegner auf diese Weise erschöpft oder nicht. Daß sie seiner Vertretung vorzeitig ein Ziel setzen würden, scheint er einzuweisen nicht zu befürchten, und sollten sie ernstlich dazu Miene machen, so wird er schon dafür sorgen, daß sie in der ganzen Welt als die Schuldigen, als Friedensstörer und Kriegsverlängerer gebührend markiert werden.

In diesem Licht erscheint uns bisher die neueste Erregungsschicht, die Abschaffung der Geheimdiplomatie. Es ist ja wahr, die „alte Schule“ hat manche Schandlichkeit auf dem Gewissen; von früher her, als noch um das Leben ganzer Völker gewürfelt wurde, ohne daß diese zum Teil eine Ahnung davon hatten, und auch noch aus der jüngsten Vergangenheit wie man aus den, von der russischen Regierung entfalteten Geheimverträgen ihrer eigenen Bundesgenossen zur Genüge erfahren hat. Aber ganz ohne Verdienste ist sie andererseits doch auch nicht gewesen. Der Berliner Kongreß z. B. hat auf dem Balkan wenigstens für einige Jahrzehnte leidliche Ruhe geschafft — er wäre aber vielleicht heute noch verfallener, wenn auch ihm zugunsten worden wäre, ohne Kullissen zu verhandeln. Bismarck wäre für diesen Gedanken keinesfalls zu haben gewesen, obwohl er der letzte war, der an alten Überlieferungen festhielt aus keinem anderen Grunde, als weil es eben immer so gewesen. Heute erhält der ganze Erdkreis jeden Tag lange Spalten darüber vorgelegt, was in West-Bukowina verhandelt worden ist, und unter immer noch sehr zahlreichen Feinde werden uns für diese willkommene Hilfsarbeit gewiß außerordentlich dankbar sein. Zu ändern ist an diesen Tatsachen natürlich nichts mehr, solange Herr Trotski sein öffentliches Auftreten fortsetzt. Ihn leitet ja nach seiner Erklärung nicht die Absicht, mit Deutschland möglichst bald wieder „in Frieden und Freundschaft“ zu leben, sondern er will auch bei uns revolutionären Zuständen Eingang verschaffen, ähnlich denjenigen, denen er seine Erhebung zur Macht verdankt. Es ist gut, daß wenigstens über seine innersten Gefinnungen und gegenüber seine Täuschung möglich ist.

Beschlagnahme der rumänischen Flotte.

Magistralistisches Ultimatum an Rumänien.

Das gespannte Verhältnis, das schon seit einiger Zeit zwischen der Magistralisten-Regierung und der rumänischen Regierung herrscht, hat jetzt zu ernstlichen Maßnahmen auf beiden Seiten geführt, deren Folgen noch nicht zu übersehen sind.

Nach Petersburger Blättermeldungen hat der lokale Ausschuss des Arbeiter- und Soldatenrates in Odessa die Beschlagnahme sämtlicher rumänischer Schiffe im Hafen von Odessa angeordnet. Es handelt sich hierbei um 16 Fahrzeuge, die sich anlässlich der Offensive gegen die Donaulinie in den Hafen von Odessa geflüchtet hatten. Darunter befanden sich zwei Torpedoboote und drei Kanonenboote. Diese Fahrzeuge erhielten bolschewistische Besatzungen. Zwei rumänische Fahrzeuge gelang es, rechtzeitig zu entkommen.

Dieser Vorgang hat in den Petersburger diplomatischen Kreisen ungeheures Aufsehen gemacht, so daß noch in der Nacht, als es bekannt wurde, die Vertreter der Westmächte eine Beratung über ihre Stellung den Magistralisten gegenüber abhielten.

Ein weiterer Zwischenfall.

Der Vorsitzende des Volksrates Lenin, Oberbefehlshaber Krolenko und der Kriegsbevollmächtigte Bozowski richteten an die rumänische Heeresleitung ein Ultimatum mit folgendem Wortlaut:

Der Kommandant der 49. Division teilt uns mit, daß die rumänischen Behörden feindliche Handlungen gegen russische Soldaten unternommen und seinen Lebensmitteltransport durchlassen. Das 194. Regiment der 49. Division wurde von rumänischen Streikkräften umzingelt und entwaffnet, die auch den Ausschuss des 195. Regiments und österreichische Offiziere, die zum Besuch der russischen gekommen waren, verhafteten. Der Rat der Volkskommission verlangt die Freilassung der verhafteten Soldaten und Offiziere, Bestrafung der militärischen Behörden, die die Verhaftungen vorgenommen haben, und Sicherheiten dafür, daß sich derartige Vorfälle nicht wiederholen. Falls eine Antwort innerhalb 24 Stunden nicht

erfolgt, werden wir die nachdrücklichsten militärischen Maßnahmen treffen.

Die Konstituante.

Der maximalistische Wahlkommissar Kribski teilte einem jungsozialistischen schwedischen Reichstagsabgeordneten mit, daß die Konstituante wahrscheinlich in den nächsten Tagen zusammentreten wird. Die Kämpfe um die Zukunft Rußlands werden sich zwischen den Bolschewiki und dem rechten Flügel der Sozialrevolutionäre (Tschernoff) entzünden. Die Regierung wird der Versammlung sofort eine Resolution mit folgenden Forderungen vorlegen:

1. Anerkennung der Regierung.
2. Bestätigung der Regierungsfunktion in der Bodenfrage.
3. Bestätigung der Regierungsfunktion in der Friedensfrage.
4. Bestätigung der Regierung wegen der Kontrolle der Fabriken und Banken.

Wird die Resolution angenommen, so ist die Stellung der Regierung gesichert, wird sie jedoch verworfen, so ist der Bürgerkrieg unermittlich, da die Maximalisten unter keinen Umständen auf die Regierung verzichten wollen.

Weitere Einigung mit den Ukrainern.

Volensfrage und Wirtschaftsverkehr.

Brest-Litowsk, 18. Januar.

Bei den gestrigen Besprechungen der deutschen und österreichisch-ungarischen Delegationen mit den Vertretern der Ukraine hob Graf Czernin zusammenfassend zunächst den für die Brest-Litowsk-Verhandlungen überhaupt geltenden und auch von der ukrainischen Delegation anerkannten allgemeinen Grundsatz hervor, daß die Einmischung eines Teiles in die inneren staatlichen Angelegenheiten des anderen ausgeschlossen sei.

Es befreite indes Einverständnis darüber, daß bei Zustandekommen eines der Entwicklung eines dauernden, freundschaftlichen Verhältnisses sicherstellenden Friedens die beiden Teile bereit seien, sich unter Vorbehaltung voller Gegenseitigkeit über verschiedene, sie interessierende politische und kulturelle Fragen auszusprechen. Hierbei wies Graf Czernin beispielsweise auf die Besprechung der Sicherstellung des Schiffsverkehrs jenseits polnischen Grenzen hin, welche dem künftigen ukrainischen Staat etwa angehören werden. Diese Erklärungen wurden von der ukrainischen Delegation zustimmend und mit dem Bemerkten zur Kenntnis genommen, daß sie auf Grund derselben in die weiteren Verhandlungen eintreten werde.

Bei der weiteren Besprechung über die Regelung des beiderseitigen wirtschaftlichen Verkehrs wurden keine solche Abweichungen in den grundlegenden Auffassungen festgestellt, daß sie das Zustandekommen einer Vereinbarung zu hindern vermöchten. Die Beratungen wurden soweit gefördert, daß sie sich bereits auf bestimmte Fragen des Warenaustauschverkehrs erstreckten. Der Gang dieser Verhandlungen und deren bisheriges Ergebnis lassen die Erwartung eines befriedigenden Abschlusses berechtigt erscheinen. Die Weiterberatung ist einer Sonderkommission übertragen worden, die ihre Arbeiten mit tunlichster Beschleunigung durchzuführen wird.

Günstiger Verlauf der Petersburger Verhandlungen.

Aus Wien wird gemeldet: Laut einer vom General-Konsul v. Hempel aus Petersburg eingelaufenen Meldung nimmt der bisher schleppende Verlauf der Verhandlungen der Petersburger Kommission in den letzten Tagen einen günstigen Fortgang.

Es gelang bei der Erörterung über die Eröffnung des Privat-Post- und des Fernverkehrs mit Rußland die bisher auf russischer Seite vorhandenen Schwierigkeiten zu überwinden und es kann bereits zur Formulierung der getroffenen Vereinbarungen geschritten werden.

Zur Verhandlung über den wechselseitigen Austausch von Arzneimitteln wurde ein Unterausschuß eingesetzt, der seine Beratungen am 18. Januar begonnen hat.

Zuversicht in Österreich.

Der österreichische Ministerpräsident v. Seidler machte im Budgetausschuß des Abgeordnetenhauses Mitteilungen über die Verhandlungen in Brest-Litowsk und führte dabei aus, daß in der Beratung der territorialen und politischen Fragen bereits eine solche Klärung der Anschauungen eingetreten sei, daß sie gegenüber dem Stande der Verhandlungen am 27. Dezember als entschiedener Fortschritt bezeichnet werden muß. Andererseits geht aus den Communiqués hervor, daß diese Klärung der beiderseitigen Standpunkte allerdings noch nicht die Linie erkennen läßt, auf welcher die von beiden Seiten mit gleichem Eifer angestrebte Ausgleitung erfolgen soll. Die Schwierigkeiten, die im Laufe dieser Verhandlungen noch zu besiegen sind, dürfen nicht unterschätzt werden. Der Minister des Äußeren blickt indes der weiteren Entwicklung der Beratungen mit Vertrauen entgegen und zweifelt nicht, daß es gelingen wird, die Verhandlungen zu einem befriedigenden Abschluß zu bringen.

Schlafdienst.

(Stahl- und Korrespondenz-Meldungen.)

Die Diebstähle im Volkverkehr.

München, 18. Jan. In der Kammer der Abgeordneten verlangten Abgeordnete aller Parteien sofortige geeignete Maßnahmen zur Verhütung der immer zahlreicher werdenden Diebstähle im Güter- und Volkverkehr. Die Vertreter der Verkehrsverwaltung gaben die bestehenden Mittel an, versicherten aber, daß von der Volk- und Eisenbahnverwaltung bereits Maßnahmen zur Wiederherstellung der Sicherheit des Verkehrs getroffen worden seien.

Kürzung des Mehlverbrauchs in Österreich.

Wien, 18. Jan. Durch eine Verordnung des Volksnahrungsmittelamtes wird die Kürzung der Verbrauchsquote an Getreide und Mehl angeordnet. Die Mehlverbrauchsquote wird um die Hälfte gekürzt. Die Höhe der Ernte bleibt unverändert.

Falsche Gerüchte über Bulgarien.

Bern, 18. Jan. Entgegen den in letzter Zeit mehrfach in der Schweizer Presse erschienenen Gerüchten über einen möglichen Separatfrieden Bulgariens mit den Entente erklärte der bulgarische Gesandte in Bern einem Mitarbeiter

des „Berner Tageblattes“, daß die bulgarische Regierung jetzt noch nicht, weder direkt noch indirekt, in irgendwelche Friedensverhandlungen mit den Alliierten eintreten werde, ohne gemeinsam mit den Bundesgenossen zu handeln.

Trotski soll Bericht erstatten.

Russische Grenze, 18. Jan. Im Smolensk-Jahrbuch Petersburgs Hauptquartier der Maximalisten, redigiert von einer neuerlichen Unterbrechung der Verhandlungen in Brest-Litowsk, da Trotski nach Petersburg zurückgekehrt und über den Stand der Verhandlungen dem Sammelrat berichten muß.

Es wird weiter verhaftet.

Kopenhagen, 18. Jan. Einer Meldung aus Petersburg zufolge wurde dort der Zentralausschuß der deutschen Truppen verhaftet.

Nach der Reise des Regentensrates.

Warschau, 18. Jan. Über die Reise des Regentensrates nach Berlin und Wien verlautet in eingeweihten Kreisen, daß die erreichten Vorteile als erheblich bezeichnet werden können. Die Frage der Teilnahme der polnischen Regierung an den Friedensverhandlungen ist bereits bis zu einem gewissen Grade gütlich entschieden. Hinsichtlich der endgültigen Entscheidung über das Schicksal Polens ist der Regentensrat stets von der Voraussetzung ausgegangen, daß die polnische Volk selbst seinen Entschluß in dieser Hinsicht zum Ausdruck bringen wird.

Ein Tauchboot vor Texas?

Bern, 18. Jan. „Journal“ berichtet aus New York, daß das Gerücht, daß ein Tauchboot 100 Meilen südöstlich von Galveston einen amerikanischen Dampfer gesenkt habe. Die Nachricht habe unter dem Publikum Erregung und an der Börse eine allgemeine Panik verursacht. — Nach einer weiteren Meldung der New Yorker Presse handelt es sich bei dieser Verurteilung um ein Dampfer „Texas“, der 6775 Tonnen Salpeter für Mexiko führte.

Die Wahrheit über Cambrai.

Osag, 18. Jan. Im englischen Unterhaus teilte Lord Curzon das Ergebnis der Untersuchungen über die Ereignisse von Cambrai mit, der englische Befehlshaber sei nicht vorübergriffen worden und hätte alle Maßnahmen zur Abwehr des Angriffs ergriffen gehabt. (Um so schlimme Niederlagen.)

Wirkungen des U-Boot-Krieges.

Amsterdam, 18. Jan. Das englische Unterhaus erklärte in einer Versammlung, daß die Verlängerung des U-Boot-Krieges immer mehr wachse, ungeachtet noch immer 30% des englischen Schiffverkehrs durchkommen würden.

Englisch-amerikanische Kriegsschiffe in Wladiwostok.

Osag, 18. Jan. Nach einer Neumeldung haben die britische und amerikanische Flotten von Wladiwostok je zwei Schiffe stationiert.

Italien beginnt zu fordern.

Kopenhagen, 18. Jan. „Politiken“ meldet aus Rom, daß die nächsten Entente-Konferenzen Italien seine Forderungen vorlegen werde.

Friedensstimmung unter den italienischen Sozialisten.

Schick, 18. Jan. Die italienische sozialistische Gruppe verlangt die sofortige Einberufung der Kammer zur Abstimmung über die sozialistischen Friedensbedingungen.

Wird Serbien Frieden?

Stockholm, 18. Jan. Nach der „Sveiska“ soll ein serbischer Kronrat Katt, in dem die Serben, den Krieg zu beenden und die Friedensbedingungen zu eröffnen.

Strenge bemerkt die Deutsche Kriegszeltung.

Strenge bemerkt die Deutsche Kriegszeltung: Es darauf hingewiesen werden, daß eine ähnliche Bedrohung bereits vor drei Monaten auftrat, ohne daß eine entsprechende Abklärung fand.

Gehtoblene deutsche Farbenrezepte.

W. Das englische Neuterebureau meldet mit London, daß, einer englischen Kommission sei es gelungen, der Schweiz 257 geheime deutsche Vorschriften zur Herstellung von Farben heimzubringen. Neuter deutet an, daß man nun hoffen dürfe, der Überlegenheit der deutschen Farbenindustrie Herr zu werden.

Die während des Krieges mit ziemlichem Erfolg versuchte Begründung einer eigenen leistungsfähigen Farbenindustrie ist bekanntlich kläglich gescheitert. Man muß also einen offenen Diebstahl ins Werk stellen, um mit den erbeuteten deutschen Rezepten endlich zum Erfolg zu kommen. Aber auch diese Spitzbuben werden kaum zum Ziele gelangen. Die deutsche Überlegenheit in der Farbenherstellung hängt von weit mehr als einigen bestimmten Rezepten ab; vielmehr ist eine lange und fortdauernde Arbeit ein viel wesentlicherer Faktor zum Erfolg gewesen. Und dafür können die englische Deutscheschneiderkante Verlag bieten.

Die italienischen Sozialisten wollen Frieden.

W. Die am Mittwoch abgehaltene Hauptversammlung der italienischen Sozialisten beschloß, die Partei neuerliche bei der Abgeordnetenkammer ihre zwei Forderungen auf sofortige Einberufung der Kammer und auf die Einleitung von Friedensverhandlungen.

Italien hat nichts mehr zu versenden.

W. In höchst gereizter Weise fällt eine in der „Gazzetta“ veröffentlichte halbamtliche Äußerung der italienischen Presse an, weil diese angebliche Erklärung des italienischen Ministerpräsidenten Orlando vertritt, nach denen Italien noch große Menschenverluste erleidet. Das muß ein Irrtum sein, sagt „Agenzia Stefani“. Gegenteil habe der Ministerpräsident ausführlich und oft auseinandergesetzt, daß die Anstrengungen Italiens in bezug auf die Einberufungen kaum übertrieben werden könnten. Ferner habe Orlando darauf hingewiesen, daß der Schaden, den die italienische Wirtschaft durch Mangel an Arbeitskräften erlitten habe, nicht gegen den Schaden anderer Länder sei. Und er habe betont, daß er sein Bedauern darüber ausgedrückt, daß der Anstieg der italienischen Opfer und Entbehrungen in verbündeten und befreundeten Ländern nicht immer genügend anerkannt werde.

Möglich, daß die italienische Darstellung die Angelegenheit richtiger wiedergibt, als die französische. Was will man in Italien? Daß diese nicht weiter und sonstige Opfer mehr überträgt für die englischen

Werkblatt für den 20. und 21. Januar.

sonnenaufgang 8⁵⁵ (8⁵¹) Monduntergang 1⁴⁵ B. (2²⁰ B.)
sonnenuntergang 4²⁰ (4¹⁵) Mondaufgang 10¹¹ B. (11¹² B.)
19. Januar. 1813 Dichter Christoph Martin Wieland gest.
1859 Schriftstellerin Bettina v. Arnim gest. — 1880 Französischer
Kriegsmann Jules Favre gest. — 1890 Komponist Franz Schöner-
mann gest. — 1900 Engländer Schriftsteller John Ruskin gest. — 1915
Angriff deutscher Marineflieger auf die englische Ostküste. —
1916 Erweiterung der Bandkummkraft in Österreich-Ungarn bis
zum 55. Lebensjahr.
21. Januar. 1815 Dichter Matthias Claudius gest. — 1851
Komponist Albert Lortzing gest. — 1872 Dichter Franz Grillparzer
gest. — 1916 Beginn der Wollensherstellung Montenegro. — Preussischer
Kriegsmann Viktor v. Podbielski gest.

ansatzlichen Bundesgenossen, wozu dann länger die Freund-
schaft?

Der Militarismus der Vereinigten Staaten.

Der V. Auf. Verlangen des Kriegsdepartements brachte
Hinterbaur, der Vorsitzende des Militärkomitees des
amerikanischen Senats, ein Gesetz im Senat ein auf
die Registrierung aller männlichen Personen, die
am 6. Juni 1917 das 21. Lebensjahr erreicht hätten.
Die Maßnahme ist dazu bestimmt, die Anforderungen des
Kriegs-Marschalls Generals Crowder zur Ausführung zu
bringen, jährlich 700 000 Mann in die Armee einzustellen.
Militärischer kann man sich sicherlich nirgendwo in
Europa gebärden, als in dem von Wilson verwalteten
Land der Freiheit jenseits des Atlantik.

Revision des Londoner Abkommens?

Stockholm, 17. Jan. „Dien“ bringt aus Petersburg die
Nachricht, daß dort die Nachricht eingetroffen ist, die nächste
Konferenz der Entente-Mächte werde auch über die
Revision des Londoner Abkommens von 1915 beraten.

Englische Arbeiter für Friedensverhandlungen.

Bern, 17. Jan. „Manchester Guardian“ gibt folgendes
Telegramm der Unabhängigen Arbeiterpartei an Trevel-
lans: Nachdem Lloyd George und Wilson ebenso wie
die Vertreter der Zentralmächte Curie, Kormel, „Seine
Königlichen, seine Fürstlichen“ angenommen haben und
wir glauben, daß die Annahme dieses Grundgesetzes im
Verlaufe lebhaft in einer vollen Konferenz möglich ist.
Wir erwarten, daß unsere Regierung, unverzüglich an Verhand-
lungen für den allgemeinen Frieden teilzunehmen.

Italien gegen revidierte Kriegsziele.

Lugano, 17. Jan. Das italienische Ministerium hat
während der Verhandlungen den Standpunkt Italiens
über die Pariser Konferenz wie folgt festgelegt: Verzicht
auf die Veröffentlichung eines gemeinsamen, die Er-
klärungen Wilsons und Lloyd Georges ergänzenden Do-
kuments und keine Revision der Kriegsziele.

Diamant freigelassen.

Stockholm, 17. Jan. Nach einem Telegramm der B. T. A.
folgte die Verhaftung des rumänischen Diamanten
aufgrund der Unterdrückungsmaßnahmen der rumänischen
Regierung gegenüber russischen Soldaten. Das ganze histo-
rische Korps begab sich auf Anregung der französischen und
britischen Boten zu Lenin, und die Kommissare bewilligten
die Freilassung auf den Vorschlag des amerikanischen Ge-
schäftlers hin, daß er in seinem Namen der rumänischen Ge-
regierung eine Erklärung gegen die Gewaltmaßnahmen Rumäniens
gegenüber russischen Soldaten senden würde. Am drei Uhr
wurde der Brief freigegeben. Diamant freigelassen.

Rußland kann nicht weiterkämpfen.

Russische Grenze, 17. Jan. Die „Dziwnitsa“ weist
auf die Tatsache hin, daß Trotski erklärt habe, Rußland sei voll-
ständig außerstande, den Krieg weiterzuführen.

Evakuierung zwischen Volskowsk und den Alliierten.

Petersburg, (indirekt), 17. Jan. In der Nacht vom
13. auf den 14. Januar fand hier unter Vorsitz des ameri-
kanischen Botschafters eine dreitägige Volskowsk-Konferenz
statt. Wie die Presse wissen will, haben die Beziehungen
zwischen den Alliierten und der Volskowsk-Regierung eine
etwas bessere Berührung erfahren.

Sibirien will Frieden.

Russ. Grenze, 17. Jan. Der in Petersburg eingetroffene
Vertreter Sibiriens für die Konstitution, Michailow, er-
klärte, daß die Bevölkerung Sibiriens mit den Drei-
Mächten geführten Friedensverhandlungen vollkommen einver-
ständlich ist.

Der deutsche Tagesbericht.

NTB Großes Hauptquartier, 19. Jan. (Amtlich.)
Westlicher Kriegsschauplatz.

Verboster Artillerielampf im Stellungsbogen nord-
östlich von Ypern, auf dem Südring der Scarpe und in
der Gegend von Moenvres. Auch an verschiedenen
stellen der übrigen Front, namentlich zu beiden Seiten
des Moas, war die Feuerleistung gesteigert. Nördlich
von Bezonvaux hielten Stoßtrupps Gefangene aus den
angelsächsischen Linien.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Mazedonische Front.

Im Gernabogen lag unsere Höhenstellung nordöstlich
von Baralowo tagsüber unter Artillerie- und Minenfeuer.

Italienische Front.

Die Lage ist unverändert.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Deutsche Erfolge in Ostafrika.

Eine Niederlage der Portugiesen.

Eine halbamtliche portugiesische Note über die Lage
in Ostafrika gibt bekannt, daß acht deutsche
Kompanien das Gebiet von Matarika besetzt und sehr
schwere Stellungen mit Maschinengewehren angelegt haben.
Die portugiesischen Truppen, die bei Cufuto eine
Schlacht erlitten haben, befinden sich mit englisch-portu-
giesischen Abteilungen in Umanzo. Der Vortritt von Cufuto
wurde von den Deutschen angegriffen, die bei Umanzo lagern.
Eingedrungene deutsche Truppen haben in Matarika ein Lager
errichtet und eine Straße über den Reis geschlagen. Der

Gouverneur von Südmanse meldet, daß die Deutschen ver-
schiedene Punkte dieser Provinz besetzt haben.

Die Meldung zeigt, daß der Feldkampf in Ost-
Afrika noch nicht abgeschlossen ist. Die moderne Schaar,
die sich auf portugiesisches Gebiet durchgeschlagen hat, ist
nicht nur nicht entmutigt in der Verteidigung, sondern
entschlossen, den Gegner auch im Angriff zu schädigen.

Vorläufige Neutralitätsverlehnung.

Bei einem abgebrochenen englischen Flieger wurde
eine Generalitätskarte gefunden, in der deutlich von
Holland vorgezeichnet waren. Beide Wege führen über
holländisches Gebiet.

Der Fund ist ein neuer Beweis dafür, daß es sich
bei Grenzverletzungen englischer Flieger keineswegs um
Zufälligkeiten, sondern um bewußte planmäßige Verletzungen
der holländischen Neutralität handelt.

Kleine Kriegspost.

Berlin, 18. Jan. Der stellvertretende Kommandierende
General des XXI. Armee-Korps v. Mohner ist unter Ver-
leihung des Schwarzen Adlerordens von seinem Posten zu-
rückgetreten.

Berlin, 18. Jan. Der Staatssekretär des Reichsmarine-
amtes v. Capelle landete an die aus England zurück-
gekehrten Kriegsschiffen Marine-Mannschaften ein Be-
grüßungs-Telegramm.

Amsterdam, 18. Jan. Präsident Wilson hat den Arbeiter-
sekretär William B. Wilson an die Spitze des Kriegsamts
ernannt und ihm weitestgehende Vollmachten erteilt.

Oertliche und Provinznachrichten.

Hachenburg, 19. Januar.

O. O. Gemeindefürer der Kriegsteilnehmer. Von der
Gemeindefürer ist jeder bereit, der den Wohnort (Wohn-
ung) in der Gemeinde aufgegeben hat. Wenn Familie
jedoch den Wohnort beibehalten hat, ist an sich steuer-
pflichtig; ebenso hat, wer Grundbesitz oder einen Gewerbe-
betrieb in einer Gemeinde hat, dafür Grund- oder
Gewerbesteuer zu zahlen. Im übrigen gilt in einigen
deutschen Staaten für das Einkommen der Kriegsteil-
nehmer hinsichtlich der Gemeindesteuer das gleiche wie
hinsichtlich der Staatssteuer. So ist auch hier bei der gleichen
Stufe Steuerbefreiung ein in Württemberg, dessen, Anhalt
und Brandenburg-Preußen. Dabei kennt keine Gemeindefürer-
steuer. Bremen und Elb-Verträge haben die gleichen
Bestimmungen hinsichtlich beider Steuern. Bremen ge-
gebenfalls Erlass oder Ermäßigung, Elb-Verträge
Staatung. Baden, Schwarzburg-Sondershausen und Wal-
deck kennen auch hinsichtlich der Gemeindesteuer keine Be-
freiung. (Baden nur für in Baden garnisonierende Offiziere.)
Für Württemberg-Schwarzburg-Rudolstadt gilt etwa das gleiche
für die Gemeindesteuer wie für die Staatssteuer: es gibt
keine Ausnahme-Bestimmung für Kriegsteilnehmer. Auch
im Königreich Sachsen gibt es, abgesehen von gewissen
Steuerbefreiungen für Militärpersonen des Friedens-
standes, eine Steuerbefreiung nicht. Hamburg kennt im
Stadtgebiet keine Gemeindesteuer, in den Landgemeinden
wird diese dagegen erhoben. In anderen Staaten, so in
Preußen, Mecklenburg, Oldenburg, Sachsen-Weimar,
Braunschweig, Sachsen-Altenburg, Sachsen-Coburg-Gotha,
Sachsen-Meiningen, Lippe-Deimold, Neuchâtel, Neuchâtel,
S. Schwarzburg-Sondershausen und Waldeck ist die
Regelung der Frage hinsichtlich der Steuerbefreiung bei
Gemeindesteuern der jeweiligen Gemeinde überlassen, der
der Steuerpflichtige angehört. In der Regel werden wohl
die kapitalstärksten Gemeinden von der Erhebung der
Steuern in gleichem Maße ablassen wie der Staat. In
Sachsen-Meiningen ist das Einkommen gemeindeumlage-
frei, so, daß es eine Höhe von 900 Mark nicht mehr er-
reicht. Die Kirchensteuer, die sich nach der Staats-
steuer richtet, wird vielfach erhoben, auch wo die Staats-
steuer un erhoben bleibt.

O. Die Zulagen an Empfänger einer Invaliden-,
Witwen- oder Witwerrente. Der wesentliche Inhalt der
Verordnung bestimmt: Wer aus der Arbeitsversicherung
eine Invalidenrente oder eine Krankenrente bezieht, also
auf der Post eine Rentengutattung mit dem Buchstaben I
(hellgrünes Papier) oder K (hellgelbes Papier) vorzeigen
muß, erhält vom 1. Februar 1918 ab monatlich acht Mark
Zulage. Personen, welche eine Witwen- oder Witwerrente
erhalten, die beim Empfang ihrer Rente also eine Quittung
mit dem Buchstaben W (dunkelgelbes Papier) oder WK
(grünes Papier) vorweisen müssen, erhalten ebenfalls vom
1. Februar 1918 ab eine monatliche Zulage von vier Mark.
Empfänger von Alters- und Waisenrenten erhalten keine
Zulage. Die Zulage wird ohne besondere Anweisung der
Landesversicherungsanstalt oder der Kasse, von der er keine
Rente bezieht, durch die Post zugesandt. Der Empfänger
muß sich nur rechtzeitig eine besondere Quittung besorgen,
die er bei der Stelle, die ihm die Bezeichnungen auf der
Rentengutattung erteilt, erhalten kann. Auch die Postanweisung
wird Quittungsmuster bereithalten. Vorläufig ist die
Zahlung von Zulagen nur für die elf Monate des Jahres
1918 (vom 1. Februar bis 31. Dezember) in Aussicht ge-
nommen, doch ist zu erwarten, daß den Empfängern von
Invaliden-, Witwen- oder Witwerrenten auch nach dem
31. Dezember 1918 Zulagen zu ihren Renten, vielleicht in
etwas geringerer Höhe, von den gelegentlichen Körper-
schäften bereitgestellt werden. Für die Empfänger einer
Unfallrente, deren Erwerbsfähigkeit in gleicher Weise wie
die der Invalidenrentenempfänger beschränkt ist, wird
demnach eine ähnliche erweiterte Fürsorge getroffen
werden.

Der Wald und die Futtermittel.

Da von der Heeresverwaltung große Futtermittel
angefordert sind, der vorhandene Heu- und Strohvorrat
aber ohnehin schon nicht groß ist, so besteht die große
Gefahr, daß ein größerer Teil unseres Viehbestandes
abgeschlachtet werden muß, um mit dem kleinen ver-
bleibenden Heuvorrat den verbleibenden Teil des Viehes
durchzubringen. Dadurch entsteht eine große Notlage,
nicht nur für die Landwirte, sondern in noch größerem
Maße für die konsumierende Bevölkerung, denn weniger
Vieh bedeutet weniger Milch und Butter, weniger Eiern,
weniger Zugkraft, also schlechtere Bodenbearbeitung
und infolgedessen geringere Ernte. Es fragt sich nun,
ob dies unbedingt notwendig ist. Da das Frühjahr

nun nicht mehr soweit entfernt ist, ließe sich, wenn recht-
zeitig geeignete Maßnahmen getroffen würden, recht wohl
eine größere Zahl Vieh durchbringen, die sonst der Schlach-
tbank verfallen wären. Dazu müßte der Wald, sowohl
Staats- als auch Gemeinde- und Privatwald rücksichts-
los zur Futter- und Streugewinnung ausgenutzt werden.
Es dürfte kein Strohhalme mehr als Einstreu benutzt
werden. Leider ist die Forstbehörde immer noch nicht
so entgegenkommend, als man es nach der Kriegsnot-
lage zu urteilen annehmen sollte. Zur Gewinnung
von, wenigstens im engeren Bezirk des Einsenders noch
immer verlangt, daß die Nutzung nur in der Form des
Grasfuchens geschieht. Doch hierzu die nötigen Arbeits-
kräfte fehlen, braucht wohl nicht erwähnt zu werden.
Auch ist die Nutzung durch Weiden eine viel intensivere.
Es muß verlangt werden, daß den militärischen Vor-
schriften gemäß, das Vieh allgemein in den Wald ein-
getrieben und geweidet wird. Da im Walde die Rasse
nicht so stark auf den Boden einwirkt, so erwärmt er
sich im Frühjahr auch rascher; das Gras treibt infolge-
dessen auch sehr bald aus, das Vieh frisst dann mit dem
ersten sprossenden Grün das vorjährige Gras noch gerne
mit. Es kann unter Umständen schon in der zweiten
hälfte April mit der Waldweide begonnen werden.
Schreibt dieses halbe vergangene Frühjahr die Gelegen-
heit, einen großen Teil des Streus zu bereisen. Dabei
konnte er die Wahrnehmung machen, daß in einem nur
ganz kleinen Bezirk der Wald durch Weiden genützt wurde,
und dort geschah es auch nicht im Einvernehmen mit
der Forstbehörde, sondern nur auf dem Wege des Forst-
revells. In einer, nur wenige Dektar großen Tanne-
anpflanzung wurden, trotzdem der betreffende Forstbeamte
die Hirten samt Vieh öfters verjagte, täglich einige
Duzend Stück Vieh jät geweidet. Ein forstwirtschaft-
licher Schaden kann nicht konstatiert werden. Die Tannen-
pflanzen sind so üppig gewachsen, als auch anderswo.
Jahreschossen von 1, bis 1 Meter sind keine Seltenheit.
Eingetrocknete Pflanzen sind fast keine vorhanden, wenig-
stens nicht mehr als auch anderswo. Dagegen konnte
beobachtet werden, daß die großen Wälder in der Um-
gebung Hachenburgs, trotzdem der Graswuchs an vielen
Stellen ein ganz außerordentlich üppiger war, gar nicht
genützt wurden. Es kann angenommen werden, daß,
wenn die Waldweide systematisch ausgenutzt worden
wäre, soviel Gras weniger hätte grün gefüllt zu wer-
den brauchen, daß die heute verlangten Mengen mehr
hätten geerntet werden können. Die Gewinnung von
Waldstreu muß jetzt sofort in die Wege geleitet werden,
daß nach dem Abgange des Schnees sofort mit der Ge-
winnung begonnen werden kann. Zuerst wenn die am
Boden lagernde Streu noch nicht trocken ist, kann der
Winter geschnitten werden. Dann bei Eintritt von trockenen
Frosttagen die Laubstreu und später, wenn die März-
winde genügend gewirkt haben, das Waldmoos. Der
oft behauptete Einwand, daß Waldstreu nichts wert sei,
ist nicht zutreffend. Das Sprichwort, Waldstreu, Halb-
streu, ist nur zutreffend, wenn die Streu noch eingebraut
wird. Dagegen gibt sie bei gehöriger Pflege einen sehr
gehaltvollen Dünger. Doch darf der Mist nicht lose
auf den Häufen geworfen werden, sondern muß recht
fest getreten und tüchtig beackert werden, andernfalls
brennt er sich trocken, wird weich und ganz leicht. In-
folge des Brennens geht auch der Ammoniak zum größten
Teil verloren und der Mist hat keinen Wert. Dagegen
gibt er bei geeigneter Behandlung dem Strohmist an
Wert nichts nach.

Schönberg, 17. Jan. Das seltene Fest der goldenen
Hochzeit feierten am 9. d. Mts. bei bester Gesundheit
die Eheleute August Schwertel und Elisabeth geb. Vorn.

Die ganze Gemeinde nahm regen Anteil an diesem Fest.
Biedenlopf, 16. Jan. Zur Verarbeitung von Del-
früchten haben jetzt 11 Wassermühlen des Kreises Bieden-
lopf die Genehmigung erhalten. Das Schlagen der Del-
früchte darf auch hier nur gegen Erlaubnisbeschein erfolgen.

Köln, 17. Jan. In der Umgebung von Köln wurden
die Landwirte von einer organisierten Räuberbande
wiederholt heimgeführt. Die Gesellschaft hatte es beson-
ders auf Vieh abgesehen, das sie meist auf freiem Felde
schlachtete; die Fleischstücke brachte sie in Körben zur
Stadt. Ein Landwirt, der durch das Brüllen seines
Stieres erwacht war, verfolgte die Räuber, die auf einem
Wagen davonfuhren. Einem Gendarmen gelang es je-
doch, die Pferde zum Stehen zu bringen und die Wagen-
insassen zu verhaften. Vor der Strafkammer hatten sich
gestern 10 Personen, die an den Räuhereien beteiligt
waren, zu verantworten. Es wurden verurteilt: Pfennig
zu zehn Jahren drei Monaten Zuchthaus, Sachel zu fünf
Jahren vier Monaten Zuchthaus, Salzer zu drei Jahren
Zuchthaus, Siboni zu sechs Monaten Gefängnis. Zwei
der beteiligten Frauen erhielten Geldstrafen von je 150 M.,
die andern Angeklagten wurden freigesprochen.

Nah und Fern.

O. Wohnungssteilung zur Hebung des Wohnungs-
mangels. Zur Hebung des drohenden Wohnungsmangels
hat die Baubehörde des städtischen Baupolizeiamtes
in Dresden den Hausbesitzern die Teilung größerer
Wohnungen in kleine an, und zwar auch in den Fällen,
wo der Teilung auskündig baurichterliche Vorschriften
entgegenstehen, da die Behörden die mögliche Nachschub
über würden.

O. Verkehrsstände im Reiche. Das Schnee- und Frost-
wetter der letzten Tage hat weitere Störungen im Ver-
kehr zur Folge gehabt. Beim Postamt in Rinn a. d. Nahe
hat der Betrieb vollständig eingestellt werden müssen, weil
das Posthaus über einen Meter tief im Wasser steht. Auch
der Telegraphen- und Fernsprechteil hatte wieder
Störungen erlitten, namentlich sind die Verbindungen nach
dem Rheinland, Westfalen und nach dem Norden betroffen.

Im Bezirk Hamburg ist das Gefährliche auf viele Kilometer umgeworfen. In Hannover sind allein 2500, in Braunschweig rund 2000 Aufschlagsleitungen im Ortsfernnetz betriebsunfähig, daneben auch fast sämtliche Fernleitungen. Auch das große Kabel Berlin-Köln ist unterbrochen. Doch hofft man, es bald wieder in Betrieb setzen zu können. In Berlin konnten am Mittwoch nur Wertpapierbestellungen stattfinden. Auf dem Bahnhof lagerten große Paketmassen, deren Abfuhr unmöglich war. Das ungewöhnliche Wetter hat in der Reichshauptstadt eine Verkehrsnot zur Folge gehabt. Die Straßenbahn hatte am Donnerstag ihren Betrieb zum größten Teile eingestellt und erst nach und nach kann der lebhafte Verkehr wieder aufgenommen werden.

Einziehung der Nickelmünzen. Die 10- und 5-Pfennig-Stücke aus Nickel sollen eingezogen werden. Laut Verfügung des Finanzministers haben die Banken den Bestand und die bei ihnen eingehenden Nickelmünzen nicht wieder auszugeben, sondern der nächsten Reichsbankstelle auszuführen.

Vertrauensfundgebung für Professor Denkel. In Jenaer Blättern erzählt eine große Anzahl dankbarer Patienten eine Rundgebung, in der dem vom Disziplinargerichtshof in Weimar vor einiger Zeit gemahregelten Frauenarzt und Direktor der Jenaer Universitäts-Frauenklinik Professor Denkel auch weiterhin unerschütterliches Vertrauen in seinen ärztlichen Charakter und seine Kunst ausgesprochen wird. Bei dieser Gelegenheit ist zu bemerken, daß die Verurteilung gegen das Urteil des Weimarer Disziplinargerichtshofes vor dem Oberverwaltungsgericht in Jena anhängt und wahrscheinlich in kurzem zur Verhandlung kommt.

Zurückgehaltene Gold. In der „Volks-Zeitung“ pensionierten Lehrerin in Obllis enthielt nichts. Der Brand griff derart schnell um sich, daß die alte Dame nur mit knapper Not gerettet werden konnte. In den Trümmern des Hauses, das vollständig abbrannte, fand die Feuerwehr eine größere Summe Geldes, darunter 2000 Mark in Finanzmarktscheinen.

Schuhe für Fettwaren. In einem Schubgeschloß in Dortmund wurden von der Polizei 70 Paar gute Damen- und Herrenschuhe beschlagnahmt, die von dem Inhaber nur an solche abgegeben wurden, die Butter, Speck u. dgl. einzukaufen hatten. Die Schuhe sollten zu Weihnachtsbeschenken an die minderbemittelte Bevölkerung abgegeben werden.

Eine Privatklage Konrad Haugmanns. Der Stuttgarter „Vorbachler“ veröffentlicht folgende Mitteilung: Der Geschäftsführer der Vaterlandspartei Professor Haug in Stuttgart hat in der Süddeutschen Zeitung vom 11. Januar Verdächtigungen ausgesprochen, daß Reichstagsabgeordneter Konrad Haugmann von amerikanischem oder englischem Golde bestochen sei. Reichstagsabgeordneter Haugmann hat sofort Strafantrag wegen Verleumdung gestellt. Die Staatsanwaltschaft hat die Erhebung der öffentlichen Klage gegen Professor Haug eingeleitet.

Ein weiblicher Bezirksvorsteher. Seit einigen Tagen wirkt in Königsbütte in Oberschlesien eine Frau als Stellvertreterin des Bezirksvorstehers. Es ist die Gattin eines Apothekers, der in Königsbütte ein Drogengeschäft unterhält und gleichzeitig das Ehrenamt eines Bezirksvorstehers verwaltet, bis er zum Seereisendienst einberufen wurde. Nun trat seine Gattin an seine Stelle und bewährte sich als Stellvertreterin im Geschäft und Ehrenamt so vortrefflich, daß ihr die Stadtverordnetenversammlung das letztere bis zur Heimkehr ihres Mannes ganz übertrug.

Hundert Zentner Speck nicht abgeliefert. Gelegentlich einer Verhandlung vor dem Mainzer Schöffengericht, bei der zahlreiche Landbewohner aller Stände, Landwirte, Maurer, Schneider, Schmiede, Arbeiter, Schreiner, Geometer, sämtliche aus Ortschaften des Kreises Mainz, wegen der Nichtablieferung der Pflichtmengen von Speck aus Hauschlachtungen verurteilt wurden, wurde festgestellt, daß im Gebiet des Kreises Mainz insgesamt

hundert Zentner Speck verordnungswidrig nicht von den Schlachtenden abgeliefert worden sind.

Eine Gedächtniskapelle am Jongo. Aus Triest wird berichtet: Die Mutter Kaiser Karls, Erzherzogin Maria Theresia, hat dieser Tage die Stelle am Jongo bei Klau besucht, an der Kaiser Karl vor einiger Zeit im Lebensgefahr gewesen ist. An der Unfallstelle wird eine Gedenkstätte, dem Ortscharakter angepasste Gedächtniskapelle errichtet werden.

Beschlagnahme italienischer Besitz des österreichischen Kaiserhauses. Aus Lugano wird berichtet, daß der dem österreichischen Kaiserhaus gehörige berühmte Bienenwald bei Biareggio mit sämtlichen darin befindlichen Bauten beschlagnahmt wurde.

Weitere Einschränkung des Eisenbahnverkehrs in der Schweiz. Da eine Verringerung der Kohleneinfuhr nicht eingetreten ist, wird das schweizerische Post- und Eisenbahndepartement dem Bundesrat einen Antrag auf eine weitere, die dritte, Beschränkung einbringen. Stand ein Drittel sämtlicher seit dem Oktober vorigen Jahres nach fahrenden Verordnungen soll gestrichen werden. Das gegenüber dem normalen schweizerischen Fahrplan eine Einschränkung von rund 50% bedeutet. Auch soll der Güterverkehr eine weitere Einschränkung erfahren.

Eine Kaserne in die Luft geflogen. Nach einer Explosion ist in Bilbao die Kaserne Reina Victoria, in der eine Waffen- und Munitionslagerung untergebracht war, infolge eines Brandes in die Luft geflogen.

Tod einer berühmten Wagnerfängerin. In Wien ist im Alter von 71 Jahren die berühmte Wagnerfängerin Anna Wagner gestorben. Sie wurde 1878 von Richard Wagner nach Venedig berufen, wo sie durch ihre gewaltigen Stimmkräfte imponierend wirkte.

Budapest als Großunternehmerin. In der außerordentlichen Sitzung des Magistrats der Hauptstadt Budapest wurde das Programm der im nächsten Jahre vorzunehmenden Großunternehmungen festgestellt. Die Kosten dieser umfangreichen Unternehmungen belaufen sich auf 400 Millionen Kronen. Zur Deckung dieser Summe soll eine Anleihe in Höhe von 300 Millionen Kronen aufgenommen werden.

Schiffraumnot und Papiermangel in England. Die Schiffraumnot hat die englische Regierung gezwungen, die Einfuhr von Papier und Papiermaterial weiterhin sehr stark einzuschränken: die Einfuhr beträgt augenblicklich weniger als ein Viertel der des Jahres 1914. Das letzte Londoner Halbblatt (5 Bg.) Blatt, die „Daily News“, ist dadurch gezwungen worden, seinen Preis zu verdoppeln.

1 1/2 Millionen Rubel „Taschengeld“. Bei einem Eisenbahnunfall, der kürzlich in Lublin stattfand, verunglückten mehrere Personen. Als man die Leichen barg, fand man in den Kleidern eines der Verunglückten 1 1/2 Millionen Rubel eingetauscht. Seine Persönlichkeit konnte noch nicht festgestellt werden.

Drahtlose Verbindung zwischen Norwegen und Amerika. Die drahtlose Station in Stavanger, deren Bau bei Ausbruch des Krieges begonnen wurde, soll den Verkehr mit Amerika noch im Laufe dieses Monats aufnehmen. Die neue Verbindung ist schneller als die in Skandinavien bisher benutzte Linie über Newcastle-London und bietet den weiteren Vorteil, daß die englische Zensur vermieden wird.

Aus dem Gerichtssaal.

Unfugendliche Handlung durch eine Todesanzeige. Eine kriegsgegrante junge Frau in Jülich, die sich in ihren an die Heimat geschriebenen Hoffnungen bitter getäuscht sah, überlieferte vor einiger Zeit ihrer Schwiegermutter ihre eigene Todesanzeige, um auf diese Weise von der Mutter des

Mannes loszukommen. Die Schwiegermutter erschien unverwartet mit einem Kranz zur Teilnahme an der Beerdigung. Die Tochter fand sich in ein Nachspiel der Verurteilung Krügerin müß ihre Tat, die eine Unfugendliche handelte, mit einer Woche Gefängnis büßen.

Eine Schmugglergesellschaft vor Gericht. Eine Schmugglergesellschaft von 11 Personen wurde vom Thurner Gericht Kriegsgericht abgeurteilt. Die Angeklagten hatten, Ottoheim lange Zeit Fahrräder nach und von Polen schmuggelt. Sechs Männer wurden zu Gefängnisstrafen von einem bis zu neun Monaten verurteilt. Der Beihilfspräsident war auch ein Angeklagter, der jedoch freigesprochen wurde, während seine Frau wegen Schmuggels von 100 Mark Geldstrafe verurteilt wurde.

Volks- und Kriegswirtschaft.

Nur noch 125 Gramm Seifenpulver. Nach den bisherigen Bestimmungen entfielen auf die Seifenkarte im Monat 50 Gramm Feinteife und 250 Gramm Seifenpulver. Jetzt ist eine neue Verordnung des Reichsanwalts mit Wirkung vom 1. d. M. die Seifenpulvermenge auf nur 125 Gramm monatlich herab. Begründet wird diese Verabreichung, daß die für Seifenpulver nötigen Rohstoffe fast ausschließlich von der Deeresverwaltung in Anfordung genommen werden.

Wucher mit Karbid. Das Reichsanwaltsamt teilt mit, daß festgestellt worden ist, werden von Kleinhändlern, die der Verteilung von Karbid in Mengen unter 10 Kilogramm beauftragt sind, den Verbrauchern Preise abgenommen, die erlaubten Preisen übersteigen. Bei dem deutlichen Preis für Karbid von 85.50 Mark für 100 Kilogramm Kleinhandler berechnen, einschließlich Unkosten und ihres Verdienstes den Verbrauchern für 1 Kilogramm höchstens 1.20 Mark ohne Wucher und 1.70 Mark einschließlich der Wucher zu berechnen.

Kartoffelanbau im Jahre 1918. Im parlamentarischen Bericht des Kriegsernährungsamts ist kürzlich im Anschluß an die Verhandlungen im Haushaltsausschuß des preussischen Abgeordnetenhauses die Frage der Förderung des Kartoffelanbaus im Jahre 1918 behandelt worden. Es bestand ein Einverständnis, daß der Kartoffelanbau im kommenden Jahr nach Möglichkeit gefördert werden müsse, um es zu ermöglichen, die dringend benötigten Kartoffeln im Lande selbst zu decken. Die Kartoffelproduktion im Jahre 1917 war im Vergleich mit der des Jahres 1916 um 10% zurückgegangen. Die Förderung des Kartoffelanbaus ist ein Interesse der Förderung des Kartoffelanbaus. Die Förderung des Kartoffelanbaus ist ein Interesse der Förderung des Kartoffelanbaus. Die Förderung des Kartoffelanbaus ist ein Interesse der Förderung des Kartoffelanbaus.

Über die Zusammenlegung von Betrieben. Waren-Anschaffungen verbreitet, die infolge eines Schreibens des Reichswirtschaftsministeriums an den „Verein deutscher Verleger“ und einige andere Organe des Druckgewerbes entstanden waren. Das Schreiben war offenbar verstanden worden, so daß man den Eindruck gewinnen konnte, als sei eine grundsätzliche Entscheidung getroffen worden, von Zusammenlegungen überhaupt abzusehen. Auch bei allen Zusammenlegungen auf die besonderen Verhältnisse des betreffenden Industriezweiges weitgehend Rücksicht genommen und gewissenhaft abgemessen werden sollte. Die mit der Zusammenlegung erstellten Vorschläge nicht dem gleichzeitigen Entstehen wirtschaftlichen Nachteile ausgesetzt werden, ist eine Forderung, die überhaupt keine Stilllegung mehr erfolgen werden, bei der Lage der Wirtschaft und der Welt die kriegswirtschaftlichen Verhältnisse notwendig bleiben lassen sollten, weitere Zusammenlegungen durchzuführen, wird das Reichswirtschaftsamt auf eine enge Zusammenarbeit mit den beteiligten Betreibern der in Betracht kommenden Wirtschaftskreise besonderen Wert legen.

Für die Schellenteitung und Anzeigen verantwortlich: Theodor Kirchhübel in Hachenburg.

Am Montag, den 21. d. Mts., findet die Brotkartenverteilung in der Gastwirtschaft Sinn statt:
Von 9-10 Uhr erhält Nr. 1-150
" 10-11 " " " 151-350
" 11-12 " " " 351-Schluss.
Hachenburg, den 18. 1. 1918. Der Bürgermeister.

Zum Besten des Vaterland. Frauenvereins findet am Samstag, den 26. Januar d. J., abends 8 1/2 Uhr im neuen Saale des Hotels „Zur Krone“ in Hachenburg ein

Lichtbildervortrag

des Herrn Dr. med. Niebes von Hachenburg über **Die Bekämpfung der Lungentuberkulose** statt. 53 Lichtbilder. Eintrittspreis 50 Pfg.

Uhren und Goldsachen

Spezialität:

Fugenlose Trauringe

empfiehlt

Ernst Schulte, Uhrmacher
Hachenburg.

Zur Pflege Boran-Creme Liliencrème-Creme kaloderma der Haut: :: Pelzer Creme ::
empfiehlt Karl Dasbach, Hachenburg.

Neu eingetroffen:

Feldpostschachteln

für 8-10 Pfund, sowie für Butter, Marmelade, Eier, Zigarren und alle sonstigen Größen.

Ferner empfehle:

Briefpapiere und Umschläge in Mappen und lose

Kartenbriefe ins Feld und aus dem Felde

Postkarten

Feldpostkarten mit anhängender Antwortkarte

Notizbücher in verschiedenen Größen

Füllfederhalter mit Ersatzfedern

Federhalter, Federn, Bleistifte und Kopierstifte

Paketkarten, Frachtbrieft, Versandzettel

Ullsteins Kriegs atlas mit 52 Karten von allen Schauplätzen des Weltkrieges. Preis 1 Mark.

Unterhaltungs- und Jugendbücher.

Th. Kirchhübel, Buch- und Papierhandlung

Hachenburg, Wilhelmstraße.

Taschenlampen und Batterien

Isolierflaschen

zum Warmhalten von Getränken

Benzin in Flaschen

Einkochdosen

Seidebesen das Stück zu 40 Pfg.

empfiehlt

Josel Schwan, Hachenburg.

Zahn- und Mundwasser zu haben bei K. Dasbach, Hachenburg

Goldene Damenuhr

am Samstag abend in Hachenburg

verloren.

Gegen gute Belohnung in der Geschäftsstelle d. M. abzugeben.

Braves ehrliches Mädchen

das Liebe zu Kindern hat,

nach **Weilburg** gesucht.

Zweitmädchen vorhanden.

Mäheres in der Geschäftsstelle d. M.

Treues fleißiges Mädchen

das schon gedient hat, wird

in **Walden** und **Walden** gesucht.

Hachburg v. d. d. d.

Frau d. Koffer, Hofapotheke.

Tüchtiges, kräftiges Mädchen

für Haus- und landwirtschaftliche Arbeiten

gesucht.

Wo, sagt die Geschäftsstelle d. M.

Zugelaufen

ein rotbrauner

wegen Erstattung der

stehenden Kosten ab

bei **Peter Schumacher**

Oberhäger.

Suche eheliches Dienstmädchen

2 Personen. Näheres

Hugo Backhaus

Uhren- und Goldwaren-Handlung

Hachenburg

empfiehlt sein reichhaltiges Lager in

Taschen- und Wanduhren

Wecker

Goldwaren und Brillen

zu den billigsten Preisen.

Taschenlampen, Batterien und Birnen.

Reparaturen

werden prompt und billigt ausgeführt.